



Interreligiöse Friedensförderung in Nigeria

Wie wir unterstützen

Die Friedensförderung in Nigeria ist nötiger denn je. Der Terror der islamistischen Gruppe Boko Haram im Nordosten und gewalttätige Konflikte zwischen verschiedenen religiösen Gruppen in Zentral-Nigeria – ein durch den Klimawandel befeuerter Konflikt zwischen Viehzüchter*innen sowie Bäuerinnen und Bauern – bringen Leid über Millionen von Menschen und stören das Verhältnis zwischen Christ*innen und Muslim*innen im ganzen Land nachhaltig. Darum treiben Mission 21 und ihre Partnerorganisationen und -kirchen die Friedensförderung voran: durch den Aufbau von interreligiösen Dialogforen, Sensibilisierungskampagnen, psychosoziale Begleitung von Gewaltbetroffenen und friedensfördernden Schulungen.

Kampagne 2025: „Einstehen für eine friedliche Gesellschaft“

Mission 21 lädt Kirchengemeinden ein, aktiv an der Kampagne 2025 mitzuwirken. Gemeinsam fördern wir Toleranz, Respekt und Gleichberechtigung – für eine nachhaltige und harmonische Zukunft.

Nigeria

- 219 Millionen Einwohner*innen
- 47% Christ*innen
- 52% Musliminnen und Muslime

Projektbudget 2026 aktuell

CHF 86'000

Danke für Ihre Spende

Unterstützen Sie dieses Projekt für Friedensförderung in Nigeria.

Herzlichen Dank!

Spenden:

IBAN CH58 0900 0000 4072 6233 2

Mission 21
Missionsstrasse 21
Postfach 270
CH-4009 Basel

Projektdienst

Tel.: +41 61 260 23 37

projektdienst@mission-21.org

www.mission-21.org



Hintergrundinformationen

Seit 2009 versetzt die islamistische Terrororganisation Boko Haram den Nordosten Nigerias mit gewalttätigen Angriffen, Entführungen und Bombenanschlägen in Angst und Schrecken. Daneben flammen die seit den 90er-Jahren bestehenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Fulani und sesshaften Bauernfamilien in Zentral-Nigeria immer wieder auf. Diese beiden Konfliktherde haben vor allem das Verhältnis zwischen Christ*innen und Muslim*innen im ganzen Land massiv beeinträchtigt. Im Zuge der Konflikte haben viele Menschen Freunde und Familienmitglieder verloren oder gar selbst Gewalt erlebt und sind traumatisiert. Die Wut über das Geschehene, die Unsicherheit und das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber anderen ethnischen und religiösen Gruppen ist dementsprechend gross. Die Situation wird weiter verschärft durch die schlechte Wirtschaftslage, die extrem starke Inflation und politische Machtkämpfe im Land. Unter diesen herausfordernden Umständen fördert Mission 21 mit ihren Partnerorganisationen und -kirchen den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher religiöser und ethnischer Herkunft, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Zudem bietet sie der Bevölkerung Ausbildungen in Konfliktprävention und gewaltloser Konfliktbearbeitung an. Von Konflikten betroffene und traumatisierte Personen, insbesondere Jugendliche und verwitwete Frauen werden durch Berufsausbildungen in religiös und ethnisch gemischten Gruppen sowie durch psychosoziale Unterstützung gefördert.

Projektziele

- Der interreligiöse, interethnische und interkulturelle Dialog wird gefördert und verbessert das gegenseitige Verständnis, den sozialen Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben der Gesellschaft.
- Die Gesellschaft ist durch Advocacy-Kampagnen zu interethnischen und interreligiösen Konflikten und Gewaltausbrüchen sensibilisiert.
- Schlüsselpersonen der Gesellschaft, z.B. religiöse oder traditionelle Führungspersonen sowie Organisationsmitarbeitende sind in der Friedensförderung und der gewaltlosen Konfliktbearbeitung ausgebildet.
- Ausgebildete Friedensarbeiter*innen und Führungspersönlichkeiten fungieren als Brückenbauer*innen in der Gesellschaft.
- Vom Konflikt und von sexueller/geschlechterspezifischer Gewalt betroffene Menschen sind durch psychosoziale Unterstützung langfristig gestärkt.

Zielgruppe

- Personen christlicher und muslimischer Glaubensrichtungen.
- Religiöse Würdenträger*innen, Glaubensgemeinschaften und kommunale Entscheidungsträger*innen sowie traditionelle Führungspersonen
- Menschen, die sich für gesellschaftliche Interaktion und die friedliche Koexistenz der Gesellschaft einsetzen.
- Personen, die direkt von den gewalttätigen Konflikten in Nordost- und Zentralnigeria betroffen sind, insbesondere Witwen und Jugendliche aus betroffenen Regionen und Opfer von geschlechterspezifischer Gewalt.

Aktivitäten

- Aufbau christlich-muslimischer Dialogforen mit friedensfördernden und brückenbildenden Aktivitäten zwischen gesellschaftlichen Gruppen
- Sensibilisierungskampagnen zum Thema friedliche Koexistenz
- Advocacy für Versöhnung und Wiederherstellung von Gerechtigkeit durch die «Restorative Justice»-Initiative
- Schulungen in den Bereichen Vergebung, interreligiöser und interkultureller Dialog, gewaltfreie Konfliktlösung, sozialer Zusammenhalt, der Erkennung von Frühsignalen für den Ausbruch von Konflikten sowie deren Nachverfolgung
- Interreligiöse und interethnische Selbsthilfegruppen und Möglichkeiten zur Berufsausbildung
- Psychosoziale Begleitung von Betroffenen der Konflikte durch geschulte Freiwillige.

Projektfortschritt

Auch im Jahr 2024 konnte auf dem Erfolg der im Vorjahr durchgeführten interreligiösen Dialoggruppen aufgebaut werden. Diese Gruppen führen die Friedensförderung in ihren Gemeinden selbstständig weiter. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf interreligiösen Aktivitäten für Jugendliche, junge Frauen und Witwen, die von den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Plateau State betroffen sind. Gemeinsame Weiterbildungsmassnahmen bis hin zur Möglichkeit, eine Ausbildung zu absolvieren, trägt zur friedlichen Koexistenz verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen bei. Sensibilisierungsmassnahmen und gemeinsame Aktionen, bei denen sich Muslim*innen und Christ*innen mischen, helfen, Verständnis und Toleranz zu schaffen. Im Rahmen der Initiative «Restorative Justice» wurden Rundtische und Gemeinschaftstreffen organisiert und Schlüsselpersonen aus der Justiz und der Verwaltung sowie aus verschiedenen friedensfördernden Organisationen zusammengebracht, um gemeinsam einen Weg aus der Gewaltspirale in Plateau State zu finden.

Partner

[LCGI, Globale Initiative zur Unterstützung von Notleidenden](#)

Dieses Projekt wurde von der DEZA mitfinanziert



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

actalliance

